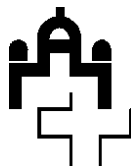


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



25.015 sn Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Nato. Bericht

Bericht der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO vom
31. Dezember 2024

Die Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an den Tagungen der NATO-PV sowie an den Seminaren und Arbeitstreffen von deren Ausschüssen teil.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB) unterbreitet die NATO-PV-Delegation den eidgenössischen Räten jährlich einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation:
Die Präsidentin 2024–2025

Priska Seiler Graf

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen
- 3 Reisekosten
- 4 Hauptdiskussionsthemen 2024
- 5 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahre 2024
- 6 Schlussfolgerungen und künftige Tätigkeiten



1 Einleitung

Die Schweizer Delegation bei der NATO-PV hat ihre Rechtsgrundlage in der VPiB (SR 171.117). Wie die anderen parlamentarischen Delegationen bei internationalen Organisationen hat auch die Delegation bei der NATO-PV ein Reglement¹, das den Umfang ihrer Tätigkeiten festlegt.

Zusammensetzung der Delegation im Jahr 2024:

Präsidentin: Nationalrätin Priska Seiler Graf;

Vizepräsidentin: Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger;

Mitglieder: Nationalrätin Jacqueline de Quattro und Ständerat Mathias Zopfi;

Ersatzmitglieder: Nationalrat Mauro Tuena und Ständerat Werner Salzmann.

2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen

Im Jahr 2024 nahm die Schweizer Delegation bei der NATO-PV an folgenden Anlässen teil:

- Frühjahrstagung vom 24. – 27. Mai in Sofia (Nationalrätinnen Priska Seiler Graf und Jacqueline de Quattro sowie Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger und die Ständeräte Werner Salzmann und Mathias Zopfi);
- Informationsprogramm vom 4.-5. November 2024 in Brüssel (Nationalrätinnen Priska Seiler Graf und Jacqueline de Quattro);
- Jahrestagung vom 22. – 25. November in Montreal (Nationalrätinnen Priska Seiler Graf und Jacqueline de Quattro, Nationalrat Mauro Tuena sowie Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger und Ständerat Mathias Zopfi).

Die Tagungen waren Gegenstand je eines Delegationsberichtes zuhanden der Sicherheitspolitischen Kommissionen. Im Berichtsjahr überschritten sich die Daten der Rose-Roth-Seminare sowie verschiedener Ausschusssitzungen mit Sessionen oder mit Kommissionssitzungen der Bundesversammlung und blieben deshalb ohne Beteiligung der Schweizer Delegation.

3 Reisekosten

Die Reisen der NATO-PV-Delegation verursachten für die Bundesversammlung im Jahr 2024 Reisekosten in der Höhe von 34'274.- Franken.

4 Hauptdiskussionsthemen 2024

Der Krieg in der Ukraine und die Reaktion der NATO auf die russische Aggression und die weitere Stärkung des Bündnisses standen im Mittelpunkt der Arbeit im Jahr 2024. Weitere wichtige Themen waren die Rolle Chinas und des globalen Südens, globale Partnerschaften, die Lage auf dem westlichen Balkan, Terrorismus sowie disruptive Technologien.

4.1 Die Vollversammlungen

An der Frühjahrstagung in Sofia warnte der Präsident der NATO-PV, Michal Szczerba (Polen), dass nach mehr als 800 Tagen der russischen Invasion der Ukraine die Versuchung gross sei, das Gefühl für die Dringlichkeit zu verlieren und zu vergessen, was auf dem Spiel stehe. Doch die Ukraine kämpfe für das, was auch die NATO-Staaten wollten: Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Sollte Russland in der Ukraine gewinnen, stünden weitere Länder auf dessen Liste. Szczerba rief dazu auf, der Ukraine bis zum Sieg und darüber hinaus beizustehen. Zudem unterstrich er, die Ukraine könne sich nur verteidigen, wenn sie Russlands Nachschublinien und russische Operationsbasen angreifen könne.

¹ www.parlament.ch (Organe > Delegationen > Die Delegationen internationaler parlamentarischer Versammlungen > Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) > Rechtsgrundlagen)



Es sei an der Zeit, diese Realität anzuerkennen und die Ukraine „tun zu lassen, was sie tun muss“. Wer an der Notwendigkeit der Unterstützung zweifle, müsse nur die russischen Aktivitäten in den NATO-Staaten beobachten: Desinformationskampagnen, politische Korruption, Cyberangriffe, gezielte Tötungen, Sabotageakte und Terroranschläge. Mittlerweile stelle Russland sogar die Grenzen der NATO in Frage. Dabei agiere Russland nicht allein, sondern im Verbund mit anderen autokratischen Staaten und schüre auch Konflikte im Nahen Osten und in Afrika. Szczerba erinnerte weiter daran, dass demnächst zahlreiche Wahlen anstünden (Europäisches Parlament, UK, USA, Georgien und Moldau). Auch diese Wahlen seien Angriffsziele Russlands, was eine zusätzliche Bedrohung darstelle. Sicherheit bestehe nicht nur aus Panzern und Kampfflugzeugen, sondern auch aus der Stärke der Gesellschaften und ihrer Institutionen. Szczerba forderte daher erneut die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier. In Bezug auf die Stärkung von Verteidigung und Abschreckung forderte er, die NATO müsse absolute Einigkeit und Entschlossenheit demonstrieren und sicherstellen, dass die neuen Verteidigungspläne durchführbar seien und alle Mitgliedstaaten mind. 2% ihres BIP für die Verteidigung ausgaben. Ausserdem müssten die Verteidigungsindustrien der Bündnispartner und die gegenseitige Zusammenarbeit gestärkt werden. Feierlich begrüsst er die schwedische Delegation, die zum ersten Mal als Vollmitglied an der NATO-PV teilnahm. Abschliessend hielt er fest, die Ukraine gehöre in die NATO.

An der Jahrestagung in Montreal unterstrich der neue Präsident der NATO-PV, Marcos Perestrello (Portugal), die NATO und ihre Mitglieder stünden vor enormen Herausforderungen. Das Ausmass an Instabilität und Unsicherheit sei seit den dunkelsten Tagen des Kalten Krieges beispiellos und die Gefahr eines grösseren Konflikts sei heute realer als seit Jahrzehnten. Die gegenwärtige Situation erinnere an das Europa der 1930er Jahre, allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Heute gebe es die NATO. Sie sei das erfolgreichste politisch-militärische Bündnis der Geschichte und beruhe auf gemeinsamen demokratischen Werten. Die Allianz stehe entschlossen zu ihrem Auftrag, die Bürger ihrer Mitgliedsländer zu schützen und Autoritarismus entgegenzutreten. Dabei plädierte auch er für die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptsitz und betonte den besonderen Wert des transatlantischen Bandes. Als Präsident werde er sich insbesondere für eine weitere Stärkung der Verbindung zwischen Europa und Nordamerika einsetzen und rief die Anwesenden dazu auf, es ihm gleich zu tun. Weiter rief er dazu auf, der Ukraine zum Sieg zu verhelfen. Dieser Krieg sei der „existenzielle Kampf unserer Generation“; deshalb dürfe nicht zugelassen werden, dass der russische Diktator gewinne – sonst drohten katastrophalen Folgen. Den Parlamenten komme eine entscheidende Rolle zu, um der schleichenden „Ukraine-Müdigkeit“ entgegenzuwirken, die Ukraine stärker zu unterstützen und ihr den Weg in die NATO zu erleichtern. Weiter kündigte Perestrello an, sich auf die Förderung der parlamentarischen Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern zu konzentrieren. Das Netzwerk befreundeter Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft und weit darüber hinaus müsse ausgebaut werden, einschliesslich der Aufnahme eines Dialogs mit grossen blockfreien Demokratien. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für einen wirksamen 360-Grad-Sicherheitsansatz. Abschliessend betonte er, Demokratie sei das beste Instrument, um dauerhaften Frieden, Stabilität und Wohlstand zu erreichen.

Während an der Frühjahrstagung der ukrainische Präsident, Wolodymyr Selenskiy, und der ukrainische Verteidigungsminister, Rustem Umerov, per Video zugeschaltet wurden, war an der Jahrestagung der ukrainische Parlamentspräsident, Ruslan Stefanchuk, vor Ort. In bewegenden Worten dankten die hochrangigen ukrainischen Amtsträger für die Unterstützung (wobei Selenski auch die Bürgenstock-Konferenz erwähnte), schilderten die aktuelle Lage in der Ukraine und baten eindringlich um weitere Lieferungen von Waffen und Munition und forderten, die Beschränkungen für den Waffeneinsatz gegen russische Militärziele aufzuheben. Sie warnten, dass Russland weitere Länder angreifen werde, falls die Ukraine diesen Krieg verliere. Vor diesem Hintergrund riefen sie dazu auf, die Ukraine einzuladen, der NATO so bald wie möglich beizutreten. Die NATO-Mitgliedschaft sei der Schlüssel und die grösste Garantie für die Sicherheit und Zukunft der Ukraine. Weiter müssten die NATO-Staaten die Schlupflöcher schliessen, die es Russland ermöglichten, die Sanktionen zu



umgehen. Zudem seien russische Vermögenswerte zu beschlagnahmen und für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Russland führe einen Abnutzungskrieg und setze auf Angst, Desinformation sowie Kriegsmüdigkeit. Demokratien dürften aber niemals vor einer Diktatur zurückweichen. Immer wieder betonten die ukrainischen Vertreter, die Ukraine kämpfe auch für alle westlichen Staaten und deren Werte.

Der scheidende NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, würdigte mit Blick auf den Gipfel in Washington im Juli 2024 das 75-jährige Bestehen der NATO als erfolgreichste Allianz der Geschichte. Die heutige Welt sei gefährlicher geworden und die NATO müsse auf dieses schwierigere Sicherheitsumfeld reagieren. Deshalb stünden beim Gipfel drei Themen im Vordergrund: 1. Abschreckung und Verteidigung, 2. eine robustere und berechenbarere Unterstützung der Ukraine sowie 3. globale Partnerschaften.

Abschreckung und Verteidigung, um Krieg zu verhindern und Frieden zu bewahren, stellten das Herzstück der NATO dar. Durch glaubwürdige Abschreckung sei es in den vergangenen 75 Jahren gelungen, jeden militärischen Angriff auf einen Bündnispartner zu verhindern. Angesichts eines aggressiveren Russlands, müsse die NATO ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit stärken. Deshalb müsse in Washington aufgezeigt werden, dass die neuen Verteidigungspläne umgesetzt würden, was mehr Truppen, eine höhere Bereitschaft und neue Fähigkeiten erfordere. Dabei lobte er, dass inzwischen 19 Mitgliedstaaten 2 % oder mehr ihres BIP für die Verteidigung ausgaben, was die Lastenteilung innerhalb der NATO verbessere.

Bezüglich *Ukraine* wies er darauf hin, dass 99% der militärischen Unterstützung von NATO-Staaten geleistet werde. Diese hätten in den letzten Monaten aber nicht das geliefert, was sie versprochen hätten, mit gravierenden Folgen vor Ort. Für den Gipfel habe er deshalb vorgeschlagen, die NATO solle eine grössere Rolle bei der Koordinierung und Bereitstellung der Unterstützung übernehmen.

Der Krieg in der Ukraine zeige, dass die nordatlantische Region globalen Bedrohungen ausgesetzt sei, denn die wichtigsten Unterstützer Russlands seien asiatische Länder. Diese Unterstützung zeige zudem, dass die autoritären Mächte immer näher zusammenrückten. Das bedeute zwar nicht, dass sich die NATO auf den asiatisch-pazifischen Raum ausdehnen müsse, aber sie müsse *globale Partnerschaften* ausbauen, d.h. insbesondere mit Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea. Schliesslich wies Stoltenberg darauf hin, dass am Gipfel auch die Partnerschaften mit dem Süden – Afrika, Naher Osten – erörtert würden. So müsse z.B. diskutiert werden, wie die NATO zur Bekämpfung des Terrorismus, etwa im Irak, beitragen könne. Überdies verwies er auf die Partnerschaften mit Tunesien und Mauretanien sowie mit der Golfregion. Schliesslich unterstrich er auch die Wichtigkeit der Partnerschaften im Balkan.

Der neue NATO-Generalsekretär, Mark Rutte, wendete sich an der Jahressession per Videokonferenz an die Delegierten und betonte die zentrale Rolle der NATO-PV als Brücke zwischen den Bürgern, den Parlamenten und der NATO. Die Welt sei gefährlicher und unsicherer geworden. In Europa herrsche Krieg und China, der Iran, Nordkorea und Russland bündelten ihre Kräfte, um die Demokratien zu untergraben. Die Bedrohungen seien grenzüberschreitend, vom Terrorismus bis hin zu Cyberangriffen. Daher müsse die NATO *stärker, fähiger* und *agiler* werde. Dementsprechend habe er drei Prioritäten definiert: 1. Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, um sich vor jeder Bedrohung zu schützen und Kriege durch Stärke zu verhindern. 2. Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr der russischen Aggression sowie 3. die Bewältigung der globalen Herausforderungen für die euroatlantische Sicherheit. Die NATO-Staaten gäben heute mehr für die Verteidigung aus. Das sei gut, aber nicht gut genug. Abschreckung und Verteidigung müssten weiter gestärkt werden, um das Risiko künftiger Konflikte zu verringern. Zudem müsse der Ausbau der Verteidigungsindustrie im gesamten Bündnis beschleunigt werden. Er lobte die Unterstützung der NATO-Staaten für die Ukraine. Je stärker die Ukraine auf dem Schlachtfeld sei, desto stärker sei sie am Verhandlungstisch, und ohne dauerhaften Frieden in der Ukraine könne es keine echte Sicherheit in Europa geben. Rutte betonte, dass es nicht nur um die Sicherheit in Europa gehe. China, Iran und Nordkorea unterstützten die russische Kriegsmaschinerie und schürten den Konflikt. Die Entsendung nordkoreanischer Truppen



nach Russland sei eine gefährliche Ausweitung des Krieges. Dies habe Auswirkungen weit über die Ukraine hinaus. Die NATO müsse daher weiterhin mit ihren Partnern, auch im indopazifischen Raum, zusammenarbeiten, um Frieden und Stabilität zu fördern. Die heutigen Sicherheits Herausforderungen seien zu zahlreich und zu gross, um von einer Nation allein bewältigt werden zu können.

Der Stv. NATO-Generalsekretär, Boris Ruge, argumentierte vor der Vollversammlung in Montreal ähnlich, wobei er eingangs die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Erinnerung rief: Stärkung der Abschreckung und Verteidigung; Aufnahme Schwedens als 32. Mitglied; Verpflichtung, die Ukraine zu unterstützen, sowie Vertiefung der Partnerschaften weltweit. Auch Ruge unterstrich, dass Russland seinen Angriff auf die Ukraine unvermindert fortsetze und sich dabei zunehmend auf China, den Iran und Nordkorea stütze, das nun sogar Truppen in den Kampf gegen die Ukraine schicke. Dies sei eine äusserst gefährliche Ausweitung und Eskalation des Krieges. Im Gegenzug liefere Russland Raketentechnologie an Nordkorea und bedrohe damit nicht nur die Sicherheit im indopazifischen, sondern auch im euroatlantischen Raum. Umso wichtiger sei es, dass die NATO stark bleibe, sich gemeinsam mit ihren Partnern weltweit für eine regelbasierte internationale Ordnung einsetze und die Ukraine weiter unterstütze. Die NATO-Staaten hielten ihre Zusage ein, jährlich 40 Mia. € an militärischer Basisunterstützung zur Verfügung zu stellen. Auch das NATO-Kommando für Sicherheitsunterstützung und Ausbildung für die Ukraine (NSATU) werde bald voll einsatzfähig sein. Um den Konfliktverlauf zu verändern und die Voraussetzungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen, müsse aber mehr getan werden, betonte Ruge, was auch im strategischen Interesse der NATO-Staaten liege. Oberste Aufgabe der NATO sei es, eine glaubwürdige Abschreckung und Verteidigung aufrechtzuerhalten. Dies bedeute, mehr für die Verteidigung auszugeben und die verteidigungsindustrielle Basis zu stärken. 23 NATO-Verbündete gäben derzeit mind. 2 % des BIP für Verteidigung aus; neun noch nicht. Zudem würden 2% nicht ausreichen, um die beschlossenen Verteidigungspläne zu finanzieren. Angesichts des äusserst schwierigen Umfelds dürfe es keine weiteren Verzögerungen geben.

Im Rahmen der Vollversammlung in Sofia wurden zwei Erklärungen, in Montreal fünf Resolutionen verabschiedet (vgl. Kapitel 4.2 ff.)². Zudem wurden in Sofia neu Malta und Kosovo der Status eines assoziierten Mitglieds zuerkannt, letzterer mit einer Gegenstimme und 14 Enthaltungen sowie unter Protest Serbiens. Darüber hinaus verabschiedete die Vollversammlung Änderungen der Geschäftsordnung, u.a. zur Vollmitgliedschaft Schwedens sowie zur Reform der Kategorie und des Status von Nichtmitgliedern der NATO-PV. Zu dieser Reform werden noch Gespräche zwischen der Schweizer Delegation und der NATO-PV stattfinden.

Für die Periode 2025/26 wählte die Vollversammlung in Montreal den Portugiesen Marcos Perestrello als Nachfolger des kurz vor der Versammlung aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Gerald E. Conolly (USA) zum Präsidenten der NATO-PV, sowie ein neues Vizepräsidium³.

Der Vizepräsident der NATO-PV Nicu Falcoi stellte das Budget 2025 vor, das rund 3.2 Prozent höher ausfällt als im Vorjahr, um der durchschnittlichen Inflationsrate in den EU-Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Falcoi dankte auch der Schweiz für ihren finanziellen Beitrag⁴.

² Die Resolutionen sind unter www.nato-pa.int abrufbar (siehe Documents → Declarations → 2024).

³ Agnes Vadai (Ungarn), Alec Shelbrooke (UK), Mikko Savola (Finnland), Julie Dzerowicz (CA) und Johann Wadephul (D)

⁴ Die Schweiz ist als assoziiertes Mitglied nicht beitragspflichtig, leistet aber über das Genfer Zentrum für die Gouvernanz des Sicherheitssektors in Genf und über das VBS einen indirekten finanziellen Beitrag an die Tätigkeiten der NATO-PV. 2024 belief sich der Beitrag des VBS auf 15 000 €.



4.2 Krieg in der Ukraine – Beziehungen zu Russland

Der Ukrainekrieg und die Beziehungen zu Russland wurden an der Vollversammlung in Sofia und in Montreal sowie in allen Ausschüssen thematisiert. Diese Diskussionen und die entsprechenden Berichte bildeten die Grundlage für die Erklärungen und Resolutionen.

In den Diskussionen kam deutlich zum Ausdruck, wie wichtig es sei, dass die NATO und ihre Partner die Ukraine weiterhin entschlossen unterstützten. Entsprechend forderte die Vollversammlung in Sofia in der Erklärung 489⁵, dass die Regierungen der NATO-Staaten bekräftigen, dass ihr strategisches Ziel der Sieg der Ukraine sei und die Ukraine deshalb so lange wie nötig mit allem versorgt werden müsse, was sie für diesen Sieg benötige. Nach längerer Debatte sprach sich eine grosse Mehrheit der Vollversammlung auch dafür aus, dass die Regierungen bestimmte Beschränkungen für den Einsatz der gelieferten Waffen aufheben sollten, damit die Ukraine im Einklang mit dem Selbstverteidigungsgrundsatz der UNO-Charta, legitime militärische Ziele in Russland angreifen kann. Darüber hinaus bekräftigte die Vollversammlung in der Erklärung, dass sie die Annexion ukrainischen Territoriums durch Russland niemals anerkennen werde, und betonte, es könne keinen dauerhaften Frieden in Europa ohne die Ukraine als integralen Bestandteil der europäischen und euro-atlantischen Familie geben. In der Erklärung 490⁽⁶⁾ wurde überdies gefordert, dass die NATO eine Strategie für die taktische, operative und strategische Unterstützung der Ukraine entwickeln und langfristige Verpflichtungen eingehen soll. Schliesslich wurde an der Tagung in Sofia der ukrainischen Delegation der Status eines Beitrittskandidaten innerhalb der NATO-PV zuerkannt.

Die erwähnten Forderungen wurden in Montreal mit der Resolution 494 bekräftigt und die russische Aggression gegen die Ukraine erneut scharf verurteilt. Im Lichte der Ergebnisse des Washingtoner-Gipfels vom Juli 2024 wurden die NATO-Staaten zudem aufgefordert, die Zusagen für eine langfristige Sicherheitsunterstützung der Ukraine einzulösen und das volle Potenzial der Unterstützungsinstrumente der NATO auszuschöpfen⁷. Weiter wurden die NATO-Staaten aufgefordert, den 10-Punkte-Friedensplan und den Siegesplan der Ukraine zu unterstützen und dem Grundsatz „Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine“ treu zu bleiben. Schliesslich sollen die NATO-Staaten ihre politischen und praktischen Bemühungen verstärken, damit die Ukraine so bald wie möglich eine Einladung erhält und 33. NATO-Mitglied werde.

In verschiedenen Ausschüssen, namentlich im Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, wurde die Frage der Waffenlieferungen und die Lage an der Front eingehend erörtert. Die Redner betonten einhellig, dass die Ukraine dringend mit mehr Munition und Waffen versorgt werden müsse, da sonst ein Zusammenbruch der Verteidigungslinien drohe. Obwohl Russland deutlich mehr Verluste an Menschen und Ausrüstung hinnehmen müsse als die Ukraine, gäben ihm seine strategische Tiefe, seine Ressourcen, die Umgehung von Sanktionen und die Unterstützung von aussen die Entschlossenheit, im Kampf zu bleiben, stellte Rick Larsen (USA) bei der Präsentation seines Berichtes⁸ fest. Russlands modernisierte Rüstungsindustrie ersetze das Kriegsmaterial in einem Tempo, das alle westlichen Lieferanten zusammen übertreffe. Zudem habe Moskau mit China, Iran und Nordkorea wichtige externe Lieferanten gefunden, warnte Larsen. Auch der zunehmende Einsatz nordkoreanischer Streitkräfte auf dem Gefechtsfeld wurde in den Ausschüssen immer wieder thematisiert und als weitere Eskalation bewertet. Der Leiter der ukrainischen Delegation, Yehor Cherniev, argumentierte ähnlich und unterlegte an der Jahressession seine Berichterstattung über die Lage an der Front mit einem an Brutalität nicht zu überbietenden Video. Gleichzeitig betonte er, dass

⁵ Soutenir l'Ukraine jusqu'à la victoire, Déclaration 489, 27. Mai 2024

⁶ Préparer l'OTAN pour les générations futures au sommet de Washington, Déclaration 490, 27. Mai 2024

⁷ NATO-Sicherheitsunterstützung und -ausbildung für die Ukraine (NSATU), NATO-Ukraine-Rat, Umfassendes Hilfspakets (CAP), Gemeinsames Analyse-, Schulungs- und Ausbildungszentrums der NATO und der Ukraine, NATO-Vertretung in der Ukraine etc.

⁸ La guerre menée par la Russie et le soutien allié apporté à l'Ukraine



die Feindseligkeiten auch Auswirkungen auf die Regierungsführung, die Gesellschaft und die Wirtschaft hätten. Neben militärischer Unterstützung riefen Cherniev und Larsen die NATO-Staaten dazu auf, auch die bilaterale finanzielle Unterstützung zu verstärken, um der ukrainischen Regierung zu helfen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Verteidigung weiter zu finanzieren.

Im Politischen Ausschuss wurde ebenfalls empfohlen, die Unterstützung für die Ukraine zu verstärken, u.a. bei der Präsentation des Berichtes⁹ von Tomáš Valášek (Slowakei). Eine Abkehr von den eingegangenen Verpflichtungen würden der Glaubwürdigkeit des Bündnisses, seinem weltweiten Ansehen und der Sicherheit seiner Mitglieder schaden. Zudem sollten die NATO-Staaten keine Unterstützungsmöglichkeit der Ukraine ausschliessen, empfahl Valášek, da strategische Ambiguität wichtig für eine glaubwürdige Abschreckung sei. Weiter warnte er, ohne angemessene und nachhaltige Unterstützung der Ukraine durch den Westen könnte Russland einen entscheidenden Vorteil erlangen, was für die NATO eine strategische Katastrophe wäre. Überdies müssten die NATO-Staaten ein klares Signal senden, dass sie nicht zögerten, die Einladung zum Beitritt der Ukraine als 33. Mitglied auszusprechen, sobald die Bedingungen erfüllt seien. Bei der Vorstellung des Berichtsentwurfs¹⁰ des Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rates erläuterte Yehor Cherniev (Ukraine) die Fortschritte seines Landes bei der Erfüllung der Beitrittsbedingungen, darunter die Stärkung der demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte, die Harmonisierung der Gesetzgebung mit den NATO-Verträgen und die Reform der Beschaffung von Rüstungsgütern.

Der Zustand der russischen Wirtschaft und die Frage, ob die internationalen Sanktionen wirksam seien, wurden im Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit intensiv diskutiert. Bei der Präsentation seines Berichts¹¹ stellte Tamás Harangozó (Ungarn) fest, dass Russland inzwischen eine stärker abgeschottete Kriegswirtschaft aufgebaut habe, die durch höhere Verteidigungsausgaben und steigende Löhne angetrieben und durch Energieeinnahmen und Finanzreserven finanziert werde. Der Übergang zu einer Kriegswirtschaft habe bedeutende langfristige Folgen und könnte zu einem strukturellen Faktor für die Verlängerung des Krieges werden, da er eine Vielzahl wirtschaftlicher Interessengruppen geschaffen habe, warnte Harangozó. Gleichzeitig bezweifelte er die längerfristige Nachhaltigkeit der derzeitigen Wirtschaftspolitik, war dabei aber weniger pessimistisch als andere Redner. Die russische Wirtschaft sei den schlimmsten Folgen der Sanktionen entgangen, indem sie ihre Handelsbeziehungen mit der „Umgehungsachse“, v.a. China, Nordkorea, Iran und Venezuela, vertieft habe. Vor diesem Hintergrund plädierte Harangozó dafür, die Sanktionen zu verschärfen, ihre Durchsetzung zu verbessern sowie Sekundärsanktionen in Erwägung zu ziehen.

Auf der Grundlage eines Berichts¹² von Julie Dzerowicz (Kanada) wurden die weit verbreitete und systematische sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten sowie die Anwendung solcher Gewalt durch Russland thematisiert. Die Ergebnisse dieser Diskussionen mündeten in die Resolution 491^[9], in der die NATO-Staaten u.a. aufgefordert wurden, die Ukraine in ihrem Kampf gegen die Anwendung sexueller Gewalt durch Russland verstärkt zu unterstützen und den Opfern dabei zu helfen, Wiedergutmachung zu erlangen. Weiter wurde in der Resolution die Notwendigkeit betont, nationale Massnahmen zur Bekämpfung konfliktbezogener sexueller Gewalt umzusetzen.

In den Ausschüssen wie auch in der Resolution 494^[9] wurde schliesslich unterstrichen, dass Russland nach wie vor die grösste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der NATO-Staaten darstelle und dass diese Bedrohung langfristig bestehen bleibe.

⁹ Relever les défis d'un monde contesté et imprévisible dans le contexte du 75^e anniversaire de l'OTAN

¹⁰ Ukraine : Progrès des réformes sur la trajectoire d'adhésion à l'OTAN

¹¹ L'économie de guerre de la Russie : État des lieux

¹² Combattre les violences sexuelles liées aux conflits (no 491)



4.3 Weiterentwicklung der NATO

Der NATO-Gipfel vom 9.-11. Juli 2024 in Washington war ein wichtiger Referenzpunkt für die Beratungen über die Weiterentwicklung des Bündnisses. Während in der Frühjahrsversammlung dessen Vorbereitung im Vordergrund stand, befasste sich die Jahresversammlung insbesondere mit den Beschlüssen des Gipfels.

So appellierte die Vollversammlung an der Frühjahrsession in ihrer Erklärung 490^[13] an die Staats- und Regierungschefs, am Gipfel deutlich zu machen, dass die NATO bereit sei, «jederzeit jeden Zentimeter des Bündnisgebiets gemäss Artikel 5 zu verteidigen». Zudem müssten die Mitgliedstaaten die Mittel für die neuen Verteidigungspläne der NATO bereitstellen und die vollständige Umsetzung dieser Pläne erreichen. Dementsprechend wurden die NATO-Staaten aufgefordert, ihrer Verpflichtung nachzukommen, jährlich mind. 2% des BIP für Verteidigung auszugeben und davon mind. 20% in neue Ausrüstung zu investieren. Darüber hinaus sollten sie anerkennen, dass in bestimmten Fällen deutlich höhere Ausgaben erforderlich sein werden. Zudem sei die Verteidigungsindustrie der NATO-Staaten dringend zu stärken, namentlich unter Nutzung des Aktionsplans für die Rüstungsproduktion. Ausdrücklich wurde auch ein klares Bekenntnis aller NATO-Staaten gefordert, die Last und die Verantwortung für die gemeinsame Sicherheit des Bündnisses gerecht zu teilen. Weiter sei die Partnerschaft mit der EU auf die nächste Stufe zu heben, um ihre Komplementarität mit der NATO zu stärken. Schliesslich soll das Bekenntnis zur kollektiven 360-Grad-Verteidigung gegen Bedrohungen aus allen Richtungen bekräftigt werden.

Angesichts der Bedrohung durch Russland forderte die Vollversammlung an der Jahresversammlung in ihrer Resolution 494^[9] die NATO-Staaten auf, bis zum nächsten Gipfel in den Niederlanden (24./25. Juni 2025) einen gemeinsamen strategischen Ansatz gegenüber Russland zu entwickeln, der das Bündnis umfassend auf die Eindämmung und Bekämpfung feindlicher Handlungen Russlands in allen Bereichen, d.h. konventionell, hybrid und nuklear, vorbereitet. Überdies müssten die NATO-Staaten die Beschlüsse des Washingtoner Gipfels zur Stärkung der Abschreckung und Verbesserung der Einsatzbereitschaft umsetzen. Dabei wurde erneut unterstrichen, dass *alle* NATO-Staaten sicherstellen müssten, dass sie unverzüglich *mindestens* das Ziel von 2 % des BIP für Verteidigungsausgaben erreichen, und eine weitere Anhebung dieses Ziels in Betracht ziehen, um die vollständige Umsetzung der neuen NATO-Verteidigungspläne zu gewährleisten. Darüber hinaus müssten die Zusagen zum Ausbau der industriellen Kapazitäten eingehalten und gemeinsame Beschaffungsinitiativen gefördert werden.

In den Ausschüssen wurde wiederholt betont, die NATO stehe vor einer neuen Ära des strategischen Wettbewerbs und vor ihrer grössten Bewährungsprobe seit einer Generation. So unterstrich auch Tomáš Valášek (Slowakei), die Allianz sei mit der prekärsten globalen Sicherheitslage seit Jahrzehnten konfrontiert. Wie zu Zeiten des Kalten Krieges sehe sich die NATO einer Bedrohung aus dem Osten gegenüber. Gleichzeitig hätten aber auch neue Herausforderungen, wie das revisionistische China, der Terrorismus, die Verbreitung neuer disruptiver Technologien, die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels und der weltweit zunehmende Nationalismus und Protektionismus, nicht an Brisanz verloren, weshalb auch diesen Bedrohungen höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Die genannten Punkte fanden ebenfalls Eingang in die Resolution 494, in der u.a. das Bekenntnis zur kollektiven 360-Grad-Verteidigung gegen Bedrohungen aus allen Richtungen bekräftigt und die NATO-Staaten aufgerufen wurden, den Aktionsplan zur Stärkung der Rolle der NATO im Kampf gegen den Terrorismus umzusetzen.

Angesichts der zunehmend komplexeren Bedrohungslage aus der Luft verabschiedete die Vollversammlung zusätzlich die Resolution 492^[14], in der eine Stärkung der integrierten Flug- und

¹³ Préparer l'OTAN pour les générations futures au sommet de Washington, Déclaration 490, 27. Mai 2024

¹⁴ Renforcer la défense aérienne et antimissile intégrée de l'OTAN (no 492)



Raketenabwehr der NATO gefordert wurde. Besonderes Gewicht wurde dabei auf einen robusten, mehrschichtigen Luftverteidigungsschild an der Ostflanke des Bündnisses gelegt. Untermauert wurde die Resolution durch den Bericht¹⁵ von Utku Cakirozer (Türkei), der unterstrich, dass die integrierte Luft- und Raketenabwehr für die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO von grundlegender Bedeutung sei, jedoch seit dem Ende des Kalten Krieges vernachlässigt wurde. Gleichzeitig warnte er, Luftangriffe mit hochentwickelten Raketensystemen in Kombination mit immer leistungsfähigeren Drohnen seien mit beunruhigender Häufigkeit in Konflikten in der unmittelbaren Nachbarschaft der NATO zu beobachten. Darüber hinaus konzentrierte sich die zunehmende militärische Zusammenarbeit zwischen den autokratischen Regimen insbesondere auf den Austausch von Fähigkeiten und Wissen im Bereich Raketen und Drohnen. Diese Kooperation erstreckte sich auch auf nichtstaatliche Akteure, wodurch bestehende Konflikte sowie konventionelle und nukleare Risiken weltweit weiter eskalierten, schloss Cakirozer.

Künstliche Intelligenz (KI) nahm in allen Diskussionen einen besonderen Stellenwert ein, und die Vollversammlung verabschiedete zu diesem Thema die Resolution 495¹⁶. Darin wurde betont, dass KI die Art und Weise der Kriegsführung verändern werde und dass eine Führungsrolle auf dem Gebiet der KI entscheidend sei, um den technologischen Vorsprung der NATO zu erhalten sowie eine verantwortungsvolle Nutzung von KI im militärischen Bereich zu gewährleisten. Die NATO-Staaten wurden daher aufgefordert, gemeinsame Anstrengungen zur Entwicklung von KI für zivile und militärische Zwecke voranzutreiben und dabei operative, ethische und rechtliche Herausforderungen anzugehen. So wurden in der Resolution u.a. die Entwicklung gemeinsamer Standards zur Stärkung der kollektiven Verteidigung und zur Bewältigung von Interoperabilitätsproblemen gefordert, wobei militärische und politische Prioritäten bei der Regulierung von KI in Einklang gebracht werden sollten.

4.4 Die Rolle Chinas

Neben der russischen Bedrohung wurden in den Ausschüssen auch die Herausforderungen durch China eingehend diskutiert. So wies Neal Patrick Dunn (USA) bei der Präsentation seines Berichts¹⁷ darauf hin, dass sich das Wachstum der chinesischen Wirtschaft zwar verlangsamt, Chinas militärische Aufrüstung und sein zunehmend aggressives Auftreten im indopazifischen Raum jedoch weitergingen. Auch die zentrale Rolle Chinas in den globalen Lieferketten gebe Anlass zu grosser Sorge. Darüber hinaus stellten die zunehmend martialischen Drohungen Chinas gegenüber Taiwan eine sehr ernste Herausforderung für den indopazifischen Raum und die globale Sicherheit dar, zumal Taiwan an einer der verkehrsreichsten Schifffahrtsrouten der Welt liege. Dunn wies auch auf den Zusammenhang zwischen den zunehmenden Spannungen in der Strasse von Taiwan und dem Krieg in der Ukraine hin. Er warnte, China beobachte die Entwicklung der russischen Offensive und die Reaktion des Westens aufmerksam. Sollte es Russland mit strategischer Geduld und aufgrund schwindender westlicher Unterstützung für die Ukraine gelingen, seinen Nachbarn schliesslich zu besiegen, werde China versucht sein, eine aggressivere Haltung einzunehmen, um seine Ziele in Bezug auf Taiwan zu erreichen. Vor diesem Hintergrund hält Dunn die bisherige Sicherheitsarchitektur im pazifischen Raum für nicht mehr ausreichend, um die regionale Ordnung aufrechtzuerhalten. Er empfiehlt daher den NATO-Staaten, enger mit ihren indopazifischen Partnern zusammenzuarbeiten, um den strategischen Wettbewerb zu bewältigen, das Risiko gefährlicher Eskalationen zu verringern und gemeinsame Herausforderungen wie die Sicherheit der Energieversorgung, Cyber-Bedrohungen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, den Klimawandel und generell die Bedrohung der regelbasierten internationalen Ordnung anzugehen. So schlägt Dunn u.a. die Eröffnung eines NATO-Verbindungsbüros in Japan sowie eine verstärkte gemeinsame Ausbildung und militärische

¹⁵ Évolution de la posture de défense aérienne et antimissile de l'OTAN

¹⁶ Exploiter le potentiel d'une utilisation responsable de l'intelligence artificielle dans le domaine militaire (no 495)

¹⁷ Établir un partenariat économique et stratégique fondé sur des valeurs entre les espaces euro-atlantique et indo-pacifique



Zusammenarbeit vor. Gleichzeitig sollten die NATO-Staaten aber auch, wo immer möglich, den Dialog mit China führen und nach wirksamen Wegen der Vertrauensbildung suchen. Auch sei der Vorstellung entgegenzutreten, dass ein Konflikt zwischen der demokratischen Welt und China unvermeidlich sei.

Ergänzend zeigte Njall Trausti Fridbertsson (Island) in seinem Bericht¹⁸ auf, dass China eine entscheidende Rolle in der Halbleiterindustrie spiele und eine weltweite Technologieführerschaft anstrebe. Der Erhalt der technologischen Überlegenheit der NATO sei nicht nur für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit wichtig, sondern auch für Sicherheit und Verteidigung. Disruptive Technologien, aber auch Halbleiter spielten dabei eine zentrale Rolle, da sie integraler Bestandteil militärischer Fähigkeiten seien. Die NATO müsse daher den Zugang zu High-End-Chips zu einer Priorität machen. Darüber hinaus empfahl Fridbertsson, die Abhängigkeiten von chinesischen Lieferketten und die damit verbundenen Risiken kritisch zu bewerten, gleichzeitig aber den Dialog mit Peking aufrechtzuerhalten. Schliesslich sollte die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und ihren Partnern in Halbleiterinitiativen verstärkt werden.

Sven Clement (Luxemburg) wiederum warnte bei der Präsentation seines Berichts¹⁹ im Ausschuss für Wissenschaft und Technologie, dass Russland und China der Einführung von KI Priorität einräumten und für China KI zudem eine Schlüsselrolle bei der Stärkung des Militärs spiele. Harriett Baldwin (UK) wies in ihrem Bericht²⁰ darauf hin, dass China neben massiven Investitionsprogrammen auch Spionage und Diebstahl geistigen Eigentums einsetze, um seine Ziele zu erreichen. Auch Russland versuche Exportkontrollen und Sanktionen zu unterlaufen, um an eingeschränkte westliche Technologien zu gelangen. Deshalb empfahl sie den NATO-Staaten, strengere Exportkontrollen einzuführen, mehr Mittel zur Durchsetzung von Sanktionen bereitzustellen, die Spionageabwehr zu verbessern und wo nötig Sekundärsanktionen zu verhängen. Diese und weitere Empfehlungen fanden Eingang in die von der Vollversammlung verabschiedete Resolution 493^[21].

Neben der verstärkten Rolle Chinas im Westbalkan (Kap. 4.5) baut es seinen Einfluss auch im globalen Süden aus (Kap. 4.6).

4.5 Westbalkan, Georgien und Moldau

In seinem Bericht²² zur Lage im Westbalkan rief Mark Lancaster (UK) das Wiederaufflammen der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Norden des Kosovo 2023 in Erinnerung. Das Fehlen normalisierter Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina berge die Gefahr eines ernststen Konflikts, der regionale Auswirkungen haben könnte, warnte er. Die Alliierten hätten auf die Eskalation im Kosovo mit einer Verstärkung der KFOR-Mission reagiert, um sich der veränderten Sicherheitsdynamik anzupassen. Die politische Lähmung in Bosnien und Herzegowina (BiH) wiederum habe das Potenzial, das Dayton-Abkommen zum Scheitern zu bringen, das seit fast 30 Jahren einen brüchigen Frieden zwischen den wichtigsten Bevölkerungsgruppen des Landes aufrechterhalte. Die politische Lähmung in BiH und der festgefahrene Dialog zwischen Belgrad und Pristina behinderten die Fortsetzung der EU-Beitrittsprozesse dieser Länder und seien nach wie vor die Hauptfaktoren für die regionale Instabilität. Dies untergrabe auch eine wirksame regionale Wirtschaftsintegration und ermögliche es kriminellen Netzwerken, die Schwäche staatlicher Institutionen für Waffen-, Drogen- und Menschenhandel auszunutzen. Erschwerend komme hinzu, dass die tief verwurzelte Korruption und die schwachen staatlichen Institutionen die Einflussnahme Russlands und Chinas begünstigten. Obwohl beide Länder unterschiedliche Absichten in der Region verfolgten, hätten sie das gemeinsame

¹⁸ Préserver l'avance technologique de l'OTAN face à la Chine : l'enjeu des semi-conducteurs

¹⁹ L'OTAN et l'intelligence artificielle, entre défis et opportunités

²⁰ Technologies critiques à double usage : défis posés à l'échelle commerciale, réglementaire, sociétale et à la sécurité nationale

²¹ Stipuler les avancées technologiques au renfort de la prospérité et de la sécurité des alliés (no 493)

²² Balkans occidentaux: De nouveaux enjeux sécuritaires à la porte de l'OTAN



Ziel, den Konsens zwischen den westlichen Partnern zu untergraben und die Integration des Westbalkans in den euro-atlantischen Raum zu blockieren. Vor diesem Hintergrund rief Lancaster dazu auf, der Beilegung des Konflikts zwischen Belgrad und Pristina sowie der politischen Pattsituation in BiH mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Wichtigste Mittel dazu seien insbesondere die weitere Förderung des Dialogs zwischen den Konfliktparteien und verstärkte Bemühungen um die EU-Erweiterung in der Region. Zudem müssten die Präsenz der KFOR verstärkt werden und die NATO-Staaten neue Wege finden, um ihre militärische Zusammenarbeit mit der Region auszuweiten. Überdies müssten die Fähigkeiten im Bereich der Cybersicherheit und der Abwehr hybrider russischer Bedrohungen verbessert werden.

Ana-Maria Catauta (Rumänien) rief in ihrem Bericht²³ ebenfalls dazu auf, die Reformdynamik in BiH aktiv zu unterstützen und dem Sezessionismus entgegenzuwirken, um so ein Sicherheitsvakuum zu vermeiden. Zudem wies sie darauf hin, die russische Aggression gegen die Ukraine habe die Risiken für andere europäische Staaten, die nicht der NATO angehören, erhöht, neben BiH insbesondere für Moldau und Georgien. In Bezug auf Georgien zeigte sie sich besorgt über die jüngsten Entwicklungen. Das Büro der NATO-PV bezeichnete in einer am 26. Mai 2024 veröffentlichten Erklärung²⁴ das georgische Gesetz über die "Transparenz ausländischer Einflussnahme" als einen Rückschritt für die georgische Demokratie. Zwar werde sich die NATO-PV weiterhin für die Souveränität, die territoriale Integrität, die Demokratie und das Streben Georgiens nach einer NATO-Mitgliedschaft einsetzen. Gemeinsame demokratische Werte seien jedoch das Fundament der NATO und die Achtung dieser Werte sei eine wesentliche Voraussetzung für einen Beitritt. In Bezug auf Moldau appellierte Catauta, das Engagement für Reformen und für den Widerstand gegen russischen Druck sollte belohnt und unterstützt werden. Eine Unterstützung Moldaus, Georgiens und BiH werde nicht nur deren Bestrebungen fördern, sondern auch die Widerstandsfähigkeit der gesamten euro-atlantischen Gemeinschaft gegen autoritäre Bedrohungen stärken. Die jüngsten Entwicklungen in allen drei Ländern hätten gezeigt, dass Russland das gesamte Arsenal der hybriden Kriegsführung, einschliesslich Desinformation, Einschüchterung, Spionage, organisierter Kriminalität und Bestechung einsetze, um diese Länder von ihrem pro-europäischen bzw. pro-atlantischen Kurs abzubringen.

4.6 Der globale Süden

Die NATO-Staaten sollten ihre Beziehungen zu den Ländern des globalen Südens vertiefen, um mit ihnen zusammen dem wachsenden Einfluss Russlands und Chinas Einhalt zu gebieten, das internationale System zu stabilisieren und sich gemeinsam gegen aggressiven Revisionismus zu wehren, appellierte Audronius Azubalis (Litauen) in seinem Bericht²⁵. In der sich verändernden politischen Lage des 21. Jahrhunderts sei der globale Süden zu einem zentralen Akteur geworden, der einen erheblichen Einfluss auf die Dynamik der Weltpolitik ausübe, betonte Azubalis. Die weltweit unterschiedlichen Reaktionen auf die russische Invasion der Ukraine hätten die fest verankerte binäre Sichtweise der internationalen Politik erschüttert. Die Länder des globalen Südens hätten ihre Handlungsfähigkeit und ihren Willen unter Beweis gestellt, den traditionellen Grossmächten auf Augenhöhe zu begegnen. Deshalb sei die Anerkennung der Bedeutung des globalen Südens aus Sicht der NATO nicht nur eine Frage des geopolitischen Bewusstseins, sondern auch ein strategisches Gebot. Vor diesem Hintergrund plädierte Azubalis für einen klaren Ansatz zur Einbeziehung des globalen Südens. Dazu gehöre eine pragmatische Zusammenarbeit v.a. mit jenen Ländern des globalen Südens, die die euro-atlantische Gemeinschaft in Fragen wie der Ukraine-Hilfe unterstützten. Diese Zusammenarbeit sollte sich auf Problembereiche wie Terrorismusbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, Ernährungssicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen, Gesundheit und

²³ Les partenaires vulnérables de l'OTAN

²⁴ Déclaration du Bureau de l'AP OTAN concernant la loi géorgienne sur « la transparence de l'influence étrangère », 26. Mai 2024

²⁵ L'OTAN et le Sud mondial



Infrastruktur konzentrieren. Die Länder des globalen Südens sollten dabei nicht aus einer paternalistischen Position heraus angesprochen werden. Dennoch sollte aufgezeigt werden, dass der Westen für jedes Land, das wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit anstrebe, der attraktivste Partner bleibe. Zudem müssten die autoritären Narrative Chinas und Russlands zurückgewiesen werden. Weiter empfahl Azubalis, insbesondere die Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit Indien zu intensivieren, zumal die NATO-Staaten und Indien zusammen rund 2,4 Milliarden Menschen repräsentierten. Er begrüßte, dass sich die Mitgliedstaaten auf dem Washingtoner Gipfel darauf verständigt hätten, die Partnerschaften der NATO mit ihren südlichen Nachbarn zu überprüfen. Dabei sei es wichtig, nicht nur den Schutz der NATO vor Sicherheitsbedrohungen aus dem Süden zu gewährleisten, sondern auch Möglichkeiten für eine verstärkte und für beide Seiten vorteilhafte praktische Zusammenarbeit auszuloten. Schliesslich sollten diese Partnerschaften sowohl inhaltlich vertieft als auch geografisch ausgeweitet werden, empfahl Azubalis.

Der destabilisierenden Rolle Russlands in der südlichen Nachbarschaft war ein eigener Bericht²⁶ gewidmet. Theo Francken (Belgien) zeigte darin auf, dass Russland aufgrund seiner durch den Ukraine-Krieg eingeschränkten Ressourcen im globalen Süden opportunistisch, transaktional und destabilisierend agiere. Dabei nutze es vermeintliche Schwächen des Westens asymmetrisch aus und stütze sich auf die antiwestliche Stimmung. Besonders besorgniserregend seien die russischen Versuche, Migration als Waffe einzusetzen, wobei die destabilisierenden Aktivitäten russischer «privater» Milizen die Migrationsströme noch verstärkten. Russland erachte diese Instabilität und die Migration nach Europa als vorteilhaft, weil sie die NATO-Staaten belaste und politische Instabilität schüre. Francken forderte daher, mehr zu tun, um die russischen Aktivitäten zu unterbinden und die unkontrollierte Migration einzudämmen. Die NATO-Staaten müssten sich mit den Entwicklungen in der gesamten MENA-Region auseinandersetzen, gleichzeitig aber auch die Verwundbarkeit der südlichen NATO-Staaten und deren Schlüsselrolle beim Schutz aller NATO-Staaten vor Bedrohungen aus dem Süden anerkennen.

5 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahre 2024

Die Diskussionen der NATO-PV waren in vielerlei Hinsicht aufschlussreich, wobei folgende Punkte besonders hervorgehoben werden können:

1. Die Debatten bestätigten die Einschätzung, dass die sicherheitspolitische Lage sich weiter verschlechtert hat, volatiler, unvorhersehbarer und gefährlicher geworden ist. Spannungen zwischen rivalisierenden Gross- und Regionalmächten nehmen zu und die regelbasierte internationale Ordnung erodiert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert. Das Risiko eines militärischen Konfliktes zwischen Russland und der NATO ist gestiegen. Russland, China und die meisten westlichen Staaten bauen ihre militärischen Potenziale stark aus. Zudem sind um Europa alte und neue bewaffnete Konflikte aufgeflammt, und drohen weiter zu eskalieren, mit globalen Auswirkungen. Der strategische Trend zur Blockbildung zwischen freiheitlich-demokratischen Staaten einerseits und autoritären Staaten andererseits setzt sich fort. Ambitionierte Mittelmächte sind bestrebt sich dabei möglichst unabhängig und zu ihrem Vorteil zu positionieren. Demokratische Werte und völkerrechtliche Normen stehen weltweit unter Druck. Die Art der Konfliktaustragung verändert sich, geprägt durch machtpolitische und technologische Entwicklungen. Zudem wirkt der Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator. Insbesondere durch die Entwicklung im Nahen Osten hat sich die erhöhte Terrorbedrohung zusätzlich akzentuiert.

2. In den Ausschüssen bestand Einigkeit, dass Russland «die grösste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der NATO-Staaten» darstelle, und zwar für längere Zeit. So wurde in der Resolution 494 die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur Eindämmung und Bekämpfung feindlicher

²⁶ Le rôle déstabilisateur de la Russie dans le voisinage méridional de l'OTAN



Handlungen Russlands in allen Bereichen gefordert. Da die westlichen Sanktionen nicht zu einem Einbruch der russischen Wirtschaft geführt haben, wurde in verschiedenen Resolutionen deren Verschärfung verlangt. Mit der Umstellung auf eine Kriegswirtschaft und der Erhöhung der Militärausgaben ist Russland in der Lage, sein militärisches Potenzial auszubauen, trotz des Abnutzungskrieges in der Ukraine, den der Kreml entschlossen fortsetzt.

3. Umso eindringlicher wurde in den Debatten und Resolutionen gefordert, die Ukraine noch stärker zu unterstützen. Allen Anwesenden war klar, dass die Ukraine ohne diese Unterstützung ihre Verteidigungslinien nicht halten kann und sich das militärische Kräftegleichgewicht derzeit zugunsten Russlands verschiebt. Deshalb forderte die Versammlung die NATO-Staaten auf, die Einsatzbeschränkungen für die gelieferten Waffen aufzuheben, damit die Ukraine legitime militärische Ziele in Russland angreifen kann. Darüber hinaus soll die Unterstützung für die Ukraine berechenbarer und institutionalisierter gestaltet und gegen politische Unwägbarkeiten abgesichert werden. So wurde begrüßt, der NATO eine wichtige Koordinationsrolle bei der militärischen Unterstützung zu übertragen. Die Versammlung rief überdies dazu auf, den 10-Punkte-Friedensplan und den Siegesplan der Ukraine zu unterstützen und dem Grundsatz „Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine“ treu zu bleiben. Zahlreiche Stimmen forderten eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, wobei sich aber weiterhin kein Konsens abzeichnete, der Ukraine in nächster Zeit eine konkrete Einladung auszusprechen.

4. Konsens bestand indes bezüglich der Forderung, die NATO-Mitgliedstaaten müssten ihr Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung bekräftigen, die Beschlüsse zur Stärkung der Abschreckung und zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft umsetzen sowie sicherstellen, dass sie jährlich *mindestens* 2% des BIP für Verteidigung aufwenden. Vor allem die Vertreter der NATO, aber auch verschiedene Mitgliedstaaten betonten, dass 2% des BIP nicht ausreichen, um die beschlossenen Verteidigungspläne zu finanzieren. Zudem müsse die Verteidigungsindustrie dringend gestärkt werden. Vor allem die südlichen Mitgliedstaaten drängten darauf, auch das Bekenntnis zur kollektiven 360-Grad-Verteidigung gegen Bedrohungen aus allen Richtungen zu bekräftigen. Der Modernisierung der Luftverteidigung wurde besondere Bedeutung beigemessen und in der Resolution 492 die Stärkung der integrierten Flug- und Raketenabwehr der NATO gefordert.

5. Die Resolution 492 wurde auch mit Blick auf die besorgniserregende Zunahme der militärischen Zusammenarbeit zwischen eurasischen Autokratien verschiedet, und deren Austausch von Fähigkeiten und Wissen im Bereich Raketen- und Drohnentechnologie, was die weltweiten Risiken erhöhe. Neben der Unterstützung Russlands durch China, Iran und Nordkorea wurde in den Ausschüssen und Resolutionen insbesondere auch die Entsendung nordkoreanischer Truppen nach Russland verurteilt und als eine gefährliche Ausweitung und Eskalation des Krieges bezeichnet.

6. In den Ausschüssen bestand Einigkeit, dass der strategische Wettbewerb mit China eine prägende, langfristige Herausforderung für die Sicherheit und die regelbasierte internationale Ordnung darstellt. Die militärische und technologische Aufrüstung Chinas, seine Unterstützung Russlands, die weitere Ausdehnung seines Einflusses im globalen Süden und auf dem Balkan sowie sein zunehmend aggressives Auftreten im asiatisch-pazifischen Raum wurden eingehend erörtert. Als Gegengewicht will die NATO ihre globalen Partnerschaften ausbauen, insbesondere mit Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea. Dennoch will sie ein regionales Bündnis bleiben. In den Diskussionen wurde immer wieder betont, wie wichtig es sei, den Dialog mit China aufrechtzuerhalten. Einigkeit herrschte auch über die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu reduzieren.

7. Der globale Süden ist stärker in den Fokus der Versammlung gerückt. Ein Grund dafür sind namentlich die unterschiedlichen Reaktionen dieser Länder auf die russische Invasion der Ukraine, die nicht zu einer globalen Front gegen Russland geführt haben, sowie der wachsende Einfluss Chinas und Russlands. In den Diskussionen und in der Resolution 494 wurde gefordert, die NATO solle ihre



Beziehungen zum globalen Süden vertiefen und ihre Partnerschaften ausweiten. Dabei wurde auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Indien, der grössten Demokratie der Welt, unterstrichen.

8. In den Diskussionen wurde mehrfach hervorgehoben, dass der Westbalkan für die NATO eine Region von strategischem Interesse sei und der KFOR weiterhin eine wichtige stabilisierende Rolle zukomme. Erneut wurde vor dem wachsenden Einfluss Russlands und Chinas in der Region gewarnt.

9. Insbesondere vor dem Hintergrund der Konflikte im Nahen Osten wurde betont, dass der Terrorismus die unmittelbarste asymmetrische Bedrohung für das Bündnis darstelle und zunehmend vom russischen und iranischen Regime unterstützt werde.

6 Schlussfolgerungen und künftige Tätigkeiten

Die Schweizer Delegation zieht eine positive Bilanz ihrer Teilnahme an den Aktivitäten der NATO-PV. Da in der NATO-PV die Mitglieder aller nationalen Verteidigungsausschüsse des euro-atlantischen Raumes vertreten sind, bietet sie einen idealen Rahmen für einen Meinungs- und Gedankenaustausch zu sicherheitspolitischen Themen. Durch die Teilnahme an den Arbeiten der Versammlung kann sich die Delegation ein Bild von den Positionen der verschiedenen Delegationen machen und so die Schwerpunkte der künftigen sicherheitspolitischen Diskussionen erkennen.

Viele der von der NATO-PV behandelten Themen sind auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung. Es ist sinnvoll, sich ein genaues Bild von den aktuellen Veränderungen im strategischen Umfeld unseres Landes zu machen. In Bezug auf die Weiterentwicklung der NATO als Organisation dürften in nächster Zeit Themen wie die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Sicherheit in Europa, weitere Anpassung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs, Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und hybriden Bedrohungen, das Engagement auf dem Balkan, die Rolle Chinas und des globalen Südens sowie globale Partnerschaften im Vordergrund stehen. Diese Themen sind letztlich auch für die Schweiz von Interesse.

Die Delegation möchte die in den vergangenen Jahren geknüpften Kontakte weiter pflegen. Im Mittelpunkt werden dabei die Frühjahrs- und Jahressession stehen. Wenn es die Zeit erlaubt, wird die Delegation auch an den Rose-Roth-Seminaren teilnehmen, die sich mit Themen befassen, die für die Schweiz und ihre Sicherheitspolitik von Bedeutung sein könnten.